



10 Jahre nach der Finanzkrise: Indonesien

Im September 2018 jährt sich der Konkurs der Bank „Lehman Brothers“ und damit der Beginn der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zum zehnten Mal. Seit dieser Krise leben Menschen auf der ganzen Welt unter dem Eindruck, die Folgen dieser Krise und die mit ihr eingetretenen Veränderungen bewältigen zu müssen. Kurzfristige Arbeitsverträge, Arbeitslosigkeit, schlechtere Arbeitsbedingungen und schwerere Finanzierungsmöglichkeiten für kleine Unternehmen sind Herausforderungen, mit denen Menschen auf allen Kontinenten zu kämpfen haben. Gesprochen wird dabei zumeist nur über Europa und Nordamerika, doch wie steht es um den Rest der Welt? Wie haben die Länder des Globalen Südens die Auswirkungen der Finanzkrise verkraftet und sind die sowieso schon armen Bevölkerungsteile vergessene Leidtragende? SÜDWIND hat sich beispielhaft mit der gesellschaftlichen und politischen Situation einiger Länder im Globalen Süden auseinandergesetzt, um Antworten auf diese Fragen zu finden und um zu zeigen, dass eine unbedachte Deregulierung der Finanzmärkte im Norden die Armutssituation der Menschen im Süden erheblich verschärft.

Indonesien in Zahlen:

Bevölkerung: 263 Millionen (2017)

Bevölkerungsdichte: 145 Menschen pro km² (2016),
Vergleich Deutschland: 237 pro km²

BIP: 1.016 Milliarden US-Dollar (2017)

BIP pro Kopf: 3.846,86 US-Dollar (2017)
Vergleich Deutschland: 44.469 US-Dollar (2017)

BIP-Wachstum: 5,07 % (2017)

HDI-Rang: 0.689 – entspricht dem Platz 113 von 188 (2015) (Der Human Development Index zur Berechnung der menschlichen Entwicklung berücksichtigt neben dem BIP auch die medizinische Versorgung, den Bildungsstand und die Situation der Frauen in einem Land)

Quellen: World Bank Data, 2018; UNDP, 2017

Die Finanzkrise – Kein Problem für Indonesien?

Betrachtet man die reine ökonomische Entwicklung Indonesiens in den Jahren nach der internationalen Finanzkrise, so könnte man schnell auf die Idee kommen, das Land habe die Auswirkungen dieser Krise ohne größere Schwierigkeiten gemeistert.



So fiel das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwar kurzzeitig von 7,44 % im Jahr 2008 auf 4,7 % im Jahr 2009, erreichte aber nie einen niedrigeren oder gar negativen Wert, wie es in anderen krisenbetroffenen Ländern der Fall war. Tatsächlich kann Indonesien in den Jahren nach der Krise bis heute ein durchschnittliches Wachstum zwischen 5 % und 6 % aufweisen und litt damit nicht wie viele Länder nach der Krise unter einem langfristig reduzierten Wachstum. Bei solch einem guten Wirtschaftswachstum könnte man vermeintlich davon ausgehen, dass Wohlstand und Löhne im Land steigen und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch andere ökonomische Indikatoren zeichnen ein Bild von Indonesien als stabile Volkswirtschaft, die wirtschaftliche Probleme zielsicher löst. Die typischen Schwierigkeiten, welchen die Länder im Globalen Süden durch die Krise ausgesetzt waren, wurden in Indonesien mit bewährten volkswirtschaftlichen Methoden bekämpft. Es gelang der Indonesischen Zentralbank, die eigenen ausländischen Währungsreserven weiter auszubauen, mit denen das Land besser auf Turbulenzen in der Weltwirtschaft vorbereitet ist. Währungsschwankungen konnte und kann mit den Reserven begegnet werden, in dem die eigene Währung auf den internationalen



Märkten gekauft wird, um einen drohenden Preisverfall zu verhindern. Erfolge erzielt die Zentralbank auch bei der Bekämpfung der Inflation, die während der Krise bei rund 12 % lag und mittlerweile seit 2016 bei ca. 4 % liegt, was für eine stabilere und berechenbarere Wirtschaft spricht.

Ebenfalls ein Anzeichen für eine starke Wirtschaft ist das kontinuierliche Schrumpfen der negativen Außenhandelsbilanz Indonesiens. Das Land importiert zwar immer noch mehr Devisen und Güter, als es exportiert, jedoch fließt unter dem Strich deutlich weniger Geld ins Ausland und bleibt somit der indonesischen Wirtschaft erhalten.



Diese Kennzeichen einer geordneten, krisengewappneten Wirtschaft schafften auch Vertrauen bei ausländischen Investoren und brachten einen kontinuierlichen Anstieg von ausländischen Investitionen von rund 2,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2010 auf 8 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 mit sich (ausgenommen Investitionen in den Banken-, Öl- und Gassektor). Probleme mit dem großen Haushaltsdefizit wurden von der Regierung angegangen, indem staatliche Ausgaben sorgfältiger abgewogen und Subventionen für Treibstoff, Dünger, Elektrizität und Gesundheitsleistungen gekürzt wurden. Trotzdem sinkt nach offiziellen Angaben die Armut und die Anzahl mittelständischer EinwohnerInnen steigt. All diese anscheinend erfolgreichen Maßnahmen setzte die Regierung in Zusammenarbeit mit und durch Beratung von dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank um. Die von der Regierung verfolgte wirtschaftsliberale Agenda machte Indonesien zu einem der liberalsten Länder der Region und war insofern von Erfolg gekrönt, als dass die Wirtschaftsindikatoren des Landes eine sehr positive Entwicklung verzeichneten.

Wer zahlt die Kosten der Krise?

Der Erfolg bei der Bewältigung der Krise sollte jedoch nicht nur an der wirtschaftlichen Entwicklung gemessen werden, sondern insbesondere auch mit Blick auf ärmere und marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Gerade im Falle von Indonesien ist dies besonders wichtig, da die genannten Kennzahlen sich nur auf den formellen Wirtschaftssektor beziehen. Zu diesem zählen allerdings nur ca. 14 % der Beschäftigten und 7 % der Unternehmen in Indonesien.



Foto: ILO/Fery Latief/Flickr.com

Die Wirtschaftsindikatoren können also für das Land nicht repräsentativ sein und die Situation von 98 % der arbeitenden Bevölkerung wird durch sie nicht erfasst. Dieser überwiegende Teil der Menschen ist in informellen Arbeitsverhältnissen tätig, die nicht registriert oder verzeichnet sind und für die keine Steuern oder Sozial- und Gesundheitsleistungen gezahlt werden. Trotz der angeblich positiven wirtschaftlichen Entwicklung litt die Bevölkerung Indonesiens deutlich spürbar unter der Finanzkrise und ihren langfristigen Auswirkungen.

Die Krise traf Indonesien vor allem über die Exportwirtschaft. Der schon in den Jahren zuvor in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Produktionssektor wurde von der rückläufigen Nachfrage und sinkenden Preisen hart getroffen. Dies galt vor allem für Hersteller von Elektrogeräten, Textilien und Stoffen, Schuhen, Papierprodukten, Speiseöl, Maschinen, Chemieprodukten und Möbel.

Bei vielen Firmen kam es zu Massenentlassungen, wobei kritische Stimmen vielen Unternehmen vorwerfen, nicht immer aus wirtschaftlicher Not heraus, sondern aus Kalkül gehandelt zu haben. Die Krise wäre als vorgeschobener Grund für einen widerspruchsfreien Stellenabbau genutzt worden, obwohl kein Zwang bestanden habe. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) geht davon aus, dass in den Jahren 2008 und 2009 über 420.000 Beschäftigte als Folge der Krise entlassen wurden. Zwar wurden viele ArbeiterInnen wenig



Foto: A. Mirza/ILO/Flickr.com



Foto: Khiliasul Amal/Flickr.com

später zu ungünstigeren Bedingungen und kurzfristigen Arbeitsverträgen wieder eingestellt, dennoch stieg die Zahl der Entlassenen bis 2010 auf rund 1,5 Mio. Menschen. Verstärkt betraf diese Arbeitslosigkeit GeringverdienerInnen und vor allem junge Leute. Viele Menschen wurden durch diese Ent-

lassungen in die absolute Armut getrieben. Nach offiziellen Zahlen waren im Jahr 2007 11,7 Mio. Menschen in Indonesien arbeitslos und 64 Mio. Menschen lebten unterhalb der Armutsgrenze. Im Jahr 2009 stiegen diese Zahlen auf 41,2 Mio. Arbeitslose und 92,6 Mio. in Armut Lebende. Für das Jahr 2018 wird die Zahl der Armen auf über 100 Mio. Menschen geschätzt. Aktuell liegt die Armutsgrenze der Weltbank bei weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag und Person. Die staatliche Stelle für Statistik in Indonesien zählt allerdings Personen ab einem Einkommen von 2 US-Dollar schon zur Mittelschicht. Ein solches Einkommen entspricht zum Beispiel dem durchschnittlichen täglichen Verdienst von StraßenverkäuferInnen. ExpertInnen gehen davon aus, dass man für eine der Mittelschicht entsprechende Lebensqualität mindestens 100 US-Dollar pro Tag verdienen müsste.

Die enorme Anzahl an verloren gegangenen Arbeitsplätzen ist auch zehn Jahre nach der Krise nicht wieder entstanden. Über 50 % der vor der Krise in formellen Beschäftigungsverhältnissen Angestellten mussten sich Arbeit im informellen Sektor suchen. Dieser Trend setzt sich auch heute noch fort: Während die Beschäftigtenzahlen im informellen Bereich Indonesiens weiter steigt, stagniert die Anzahl der formellen ArbeitnehmerInnen. Der riesige informelle Bereich war für viele Menschen trotz der prekären Beschäftigungssituationen eine letzte Rettung vor der gänzlichen Erwerbslosigkeit. In diesem Sektor gibt es jedoch nur rudimentäre Absicherungen für Beschäftigte. Das Wohlergehen der Angestellten hängt zu einem großen Teil von der Gunst ihrer ArbeitgeberInnen ab. Die BesitzerInnen der sehr kleinen bis mittelgroßen Unternehmen oder landwirtschaftlichen Betriebe stellen oftmals die dürftigen Unterkünfte der eigenen Beschäftigten und bezahlen die Kosten bei Krankheiten oder anderen Schwierigkeiten ihrer MitarbeiterInnen. Dazu verpflichtet sind sie allerdings nicht, Ausbeutung, Niedrigstlöhne bei langen Arbeitszeiten, Diskriminierung von Frauen und Kinderarbeit sind im informellen Sektor an der Tagesordnung. Insbesondere HeimarbeiterInnen, welche einen großen Anteil unter den

Beschäftigten im informellen Sektor darstellen, sind vielfältigen Arbeitsrechtsverletzungen ausgesetzt. Sie verfügen über keine Arbeitsverträge, sind nicht sozialversichert und arbeiten zu Löhnen, die sich nur auf einen Bruchteil des lokalen Mindestlohns belaufen.

Beschäftigten, die nicht im informellen Bereich arbeiten, sondern in den industrialisierten Wirtschaftszentren, geht es allerdings nicht viel besser. Die Wirtschaftskrise wurde von Unternehmen als Vorwand nicht nur für Entlassungen genommen, sondern auch zur Beschneidung der Rechte von ArbeiterInnen. Kürzungen von Lohn, Zulagen und Abfindungssummen sowie der Einsatz von Leiharbeit und Outsourcing nahmen und nehmen zu. Aufgrund des gestiegenen Drucks auf dem Arbeitsmarkt und die dadurch zunehmende Konkurrenz unter Arbeitssuchenden wurde die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen stark geschwächt – sie müssen die Verschlechterungen ihrer Situation in Kauf nehmen. Zum Beispiel in den Industriegebieten rund um die großen Städte der Insel Java sind die Gehälter zwar augenscheinlich von durchschnittlich 100 US-Dollar in 2007 auf ca. 223 Dollar in 2017 gestiegen, allerdings befinden sich die Beschäftigten jetzt in kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen von maximal 6 bis 12 Monaten, sind bei Subunternehmern angestellt und erhalten keinerlei Sozial- und Gesundheitsleistungen oder Versicherungen, Rentenzahlungen oder sonstige Vorteile und Vergünstigungen mehr. Im Endergebnis sind die Reallöhne nach Abzug der lebenssichernden Kosten eher gesunken denn gestiegen.

Hinzu kommen Probleme durch die Maßnahmen der Regierung, Subventionen unter anderem für Elektrizität und Treibstoff zu beenden. Dadurch steigen die Lebenshaltungskosten nicht nur für formell Angestellte weiter, sondern auch für informell Beschäftigte und vor allem Bäuerinnen und Bauern. Deren Einkommen ist überhaupt nicht gestiegen, allerdings ist zum Beispiel der Bedarf nach Treibstoff bei ihnen deutlich höher und damit auch die finanzielle Belastung durch den Wegfall der Subventionen.





Kindheit und Krise

Eine weitere Auswirkung der Krise, die sich noch sehr lange bemerkbar machen wird, ist die negative Beeinträchtigung von Kindern. Aufgrund der in den Krisenjahren sprunghaft angestiegenen Armut konnten viele Familien den Schulbesuch der Kinder nicht mehr finanzieren oder schlimmer noch, die Kinder mussten selbst anfangen zu arbeiten, um für das Nötigste zu sorgen.

Kosten für Schulunterlagen, Uniformen, Mahlzeiten, Anreise und vieles mehr konnten und können sich viele arme Familien nicht leisten, selbst wenn ein Teil der Kosten durch ein Stipendium abgedeckt wird. Im ländlichen Bereich ließ sich dieser Vorgang besonders gut beobachten: im Jahr 2007 nahmen in ländlichen Grundschulen 98,7 % der Kinder am Unterricht teil, bei weiterführenden Schulen 97,9 %. Zwei Jahre später sanken diese Werte entsprechend auf 93,6 % und 89,4 %. Umgerechnet auf die Gesamtanzahl von SchülerInnen in Indonesien verließen während den Krisenjahren rund 8 Mio. Kinder ihre Schule. Die abgebrochene Ausbildung dürften die wenigsten Kinder nach einiger Zeit wieder aufgenommen haben, da dies nur möglich wird, wenn sich die finanzielle Lage der Familie verbessert.

Für die Kinder und ihre Familien hat sich damit die Lebenssituation eklatant verschlimmert und ihre Zukunftschancen sind dauerhaft schlechter geworden. Eine weitere gefährliche Auswirkung der Krise für Kinder war der rasant ansteigende Preis von Lebensmitteln zu dieser Zeit. Die sowieso schon existierenden Probleme mit Mangel- bzw. Unterernährung in Indonesien hat sich in dieser Zeit noch einmal deutlich verschärft. Vielen armen Familien fehlte schlicht das Geld, um jeden Tag für ausreichende und gesunde Mahlzeiten einzukaufen. Zwar sanken die Lebensmittelpreise nach dem Ende

der Finanzkrise 2009 wieder auf ein erträgliches Maß, jedoch reicht bereits eine kurze Phase der mangelhaften Ernährung, um die Entwicklung von Kindern nachhaltig zu beeinträchtigen. Es kommt zu Störungen in der körperlichen sowie geistigen Entfaltung, welche sie ihr ganzes Leben begleiten wird.



Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass Familien durch die Auswirkungen der Krise in finanzielle Notlagen geraten und ihre Kinder nicht mehr richtig versorgen können, steht auch die fortwährend ansteigende Zahl von KinderarbeiterInnen und Straßenkindern ohne Zuhause. Während offizielle Stellen in Indonesien von circa 2,4 Mio. arbeitenden Kindern ausgehen, sprechen Nichtregierungsorganisationen von circa 10 Mio.





Die vergessenen Opfer der Krise

In kaum einem anderen Land wird es so deutlich wie in Indonesien, dass eine Volkswirtschaft zwar glänzende Wachstumszahlen vorlegen kann, sich aber gleichzeitig die Situation für einen riesigen Teil der Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Das Wohlergehen dieser vergessenen Leidtragenden lässt sich nicht durch makro-ökonomische Kennzahlen messen. Für Beschäftigte in Industrie und Landwirtschaft, formellem wie informellem Sektor, hat die Krise

schwere Einschnitte in die Lebensqualität bei gleichzeitig steigender Arbeitsbelastung bewirkt. Vor allem für die marginalisierten Bevölkerungsgruppen wird es immer schwieriger, überlebensnotwendige Bedürfnisse erfüllen zu können. Die Gefahr, in die absolute Armut abzurutschen, ist groß und steigt immer weiter, während der Aufstieg aus selbiger fast unmöglich erscheint. Die Probleme Indonesiens sind langfristig und wiegen schwer, denn die Ursachen sind komplex und stehen in Relation zu den sozialen Herausforderungen: Armut, Korruption in Politik und Ämtern und der mangelhaften Ausbildung von Beamten.

Es bleibt zu hoffen, dass bald ein Umdenken stattfindet, ein Abwenden von der Fixierung auf die formale Wirtschaft, auf einseitige Liberalisierung und unbedachte Integration in den Weltmarkt. Die einseitige Betrachtung weniger wirtschaftlicher Indikatoren erweckt den Anschein, als funktioniere die Volkswirtschaft in Indonesien gut. Armut und Ungerechtigkeit haben sich im Land jedoch verschlimmert. Es braucht neue Strategien und Möglichkeiten so zu wirtschaften, dass alle etwas davon haben.

*Wir danken Herrn
Dr. David Widihandojo von
der Yasa Luhur Foundation
für das Interview, welches die
Grundlage dieser Veröffentlichung
darstellt.*



SÜDWIND

Seit fast 30 Jahren engagiert sich SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Anhand von konkreten Beispielen zu Missständen decken wir ungerechte Strukturen auf, machen sie öffentlich und bieten Handlungsalternativen. Dabei verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und tragen Forderungen in Kampagnen, Gesellschaft, Unternehmen und Politik. Durch Gespräche mit Verantwortlichen aus Politik und Unternehmen oder die Beratung von EntscheidungsträgerInnen in der Gesellschaft tragen wir so zu Veränderungen bei.



Impressum
Bonn, September 2018
Herausgeber
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de
Bankverbindung:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:
David Schwarz,
Antje Schneeweiß
Redaktion und Korrektur:
Felix Roll, Vera Schumacher
V.i.S.d.P.: Martina Schaub
Gestaltung: www.pinger-edon.de
Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Literaturhinweise

- Hossain, N. (2009): Accounts of Crisis: Poor People's Experiences of the Food, Fuel and Financial Crises in Five Countries: Report on a Pilot Study in Bangladesh, Indonesia, Jamaica, Kenya and Zambia, January-March 2009.
Rothenberg, Alexander. "Re-thinking Indonesia's Informal Sector." RAND Corp, 2 September 2015.
Bessel, Sharon. "Children at Work" Inside Indonesia, ed.46. Unicef Indonesia. "The Children" 23 May 2018.

Statistiken zu Indonesien:

<https://data.worldbank.org/country/indonesia>
<https://de.statista.com/themen/1329/indonesien/>

Gefördert durch



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Evangelische Kirche
von Westfalen

Gefördert mit Mitteln von Brot für die Welt

Brot
für die Welt